



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 25.03.2022

**Antrag zur dringlichen Behandlung
im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung am 30.03.2022:
Informiert entscheiden: CO₂-Fußabdruck für die geplanten ‚Büschl-Türme‘**

Der Stadtrat erhält einen vollständigen ‚CO₂-Fußabdruck‘ für die beiden umstrittenen, in Beton- und Stahlbauweise geplanten 155m-Hochhaus-Türme (‚Büschl-Türme‘) auf dem Paketpost-Areal. Dieser ‚CO₂-Fußabdruck‘ ist von unabhängigen Expert:innen zu erstellen. Es soll auch die sogenannte Graue Energie im ‚CO₂-Fußabdruck‘ abgebildet werden, nicht nur der Gebäudebetrieb.

Es wird klar dargelegt, zu welchen Anteilen **in** den Türmen Büroflächen, Eigentumswohnungen, sozialgeförderter Wohnraum und konzeptioneller Mietwohnungsbau realisiert wird.

Um den Stadträt:innen und den Münchner:innen einen Vergleich zu ermöglichen, wird dieser ‚CO₂-Fußabdruck‘ dem ‚CO₂-Fußabdruck‘ gegenübergestellt, der entstünde, wenn auf der für die beiden Luxus-Türme vorgesehenen Grundfläche die Anzahl der dringend benötigten Mietwohnungen in Holzbauweise errichtet würde, die in den ‚Büschl-Türmen‘ entstehen sollen.

Begründung:

In der Öffentlichkeit wird gerade sehr hitzig über die beiden 155-Meter-Hochhäuser an der Paketposthalle diskutiert. Ein Bürgergutachten, das schon von einigen Teilnehmer:innen vor der Veröffentlichung der Ergebnisse kritisiert wurde, da entscheidende Fragen nicht oder nur teilweise beantwortet wurden, kommt zu einer grundsätzlichen Befürwortung von Giga-Hochhäusern – wenn dort bezahlbare Wohnungen entstehen und eine nachhaltige Bauweise umgesetzt wird. Doch ob dies bei den ‚Büschl-Türmen‘ der Fall ist, ist bisher nicht geklärt.

Für uns steht fest: Der Klima- und Mieterschutz muss Vorrang haben vor Luxus-Hochhäusern. Die Stadtratsmitglieder wie auch die Münchner:innen sollten vorab wissen, worüber sie entscheiden.

Die Süddeutsche Zeitung schrieb am 23.03.2022, kurz vor dem Jahrestag des historischen Klima-Urteils des Bundesverfassungsgerichts am 24.03.2022, sehr richtig von einer „Debatte, die seit Kurzem mehr in den Vordergrund rückt: dass Hochhäuser von mehr als 100 Metern zwar städtebaulich interessant sein können,

aber keine klimagerechte Form des Bauens sind. Denn je höher Gebäude werden, umso niedriger wird die Flächeneffizienz wegen der steigenden Sicherheitsanforderungen, kurz gesagt: mehr Beton für weniger Nutzung.“¹

Mit 'Grauer Energie' ist der Energieaufwand und die daraus resultierenden CO₂-Emissionen sowie die Zerstörung von CO₂-Senken gemeint für Herstellung, Transport, Betrieb und Entsorgung von Produkten (hier: Gebäuden).

Enthalten sind u.a.

- 1) Vorprodukte und deren Transport (z.B. Stahlproduktion [bei Hochhäusern besonders relevant], Gewinnung und Bearbeitung sonstiger Metalle, Zementherstellung, besondere Bauteile für den aufwändigen Brandschutz im Hochhaus, Versorgungseinrichtungen wie Aufzüge etc.)
- 2) Bautätigkeit (CO₂-Emissionen und lokaler Schadstoffausstoß von Baumaschinen, Anreise von Baufirmen, die oft von weit herkommen, zahlreiche Anreisen [insbes. Flüge] von Architekten und sonstigen Planern v.a. wenn diese nicht aus München kommen, Betrieb von Bau-Lkw etc.)
- 3) Laufender Betrieb (Klimatisierung, Heizung v.a. für die bei einem Hochhaus überdurchschnittlich großen Flächen, die nur der Ver- und Entsorgung und der Sicherheit dienen und in denen weder gewohnt noch gearbeitet wird, Aufzüge etc.)
- 4) Und – oft vergessen – Sanierung und Entsorgung. Auch ein Gebäude hat begrenzte Lebensdauer; Sanierungen insbesondere bei Hochhäusern sind viel aufwändiger und schwieriger umzusetzen als bei Gebäuden mit wenigen Stockwerken.

Ohne das Ergebnis der beantragten Untersuchung vorwegnehmen zu wollen, sei auf eine eherne Regel des Projektmanagements verwiesen, die angehende Projektmanager in ihrer Ausbildung lernen: Ein Projekt, während dessen Planung oder Umsetzung sich zeigt, dass es keine Zukunft hat, muss abgebrochen werden, auch wenn bereits Vorarbeiten geleistet wurden und man Geldgeber nicht verärgern möchte. Das erfordert Mut, ist aber notwendig.

Initiative:

Dirk Höpner
Planungspolitischer Sprecher
Stadtrat

Tobias Ruff
Fraktionsvorsitzender
Stadtrat

¹ <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-hochhaeuser-bauen-buergerentscheid-gruene-1.5553434>

